

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Integration von Seiteneinsteigern ins Thüringer Schulsystem verbessern, Unterrichtsausfall vermeiden

I. Der Landtag stellt fest:

1. Grundständig ausgebildete Lehrer bilden mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung weiterhin das Herzstück der Thüringer Schulen. Seiteneinsteiger sind aufgrund des gravierenden Lehrermangels in Thüringen mittlerweile eine wichtige Stütze zur Absicherung des Unterrichts.
2. Der Freistaat Thüringen setzt sich zum Ziel, angehenden Lehrern eine attraktive grundständige Ausbildung sowie ansprechende Arbeitsbedingungen zu bieten, damit sich wieder mehr Menschen für den Lehrerberuf entscheiden und der Unterricht primär durch grundständig ausgebildete Lehrer abgedeckt werden kann.
3. Der Einsatz von Seiteneinsteigern darf nicht zu einer Deprofessionalisierung des Lehrerberufs führen. Die Einstellung grundständig ausgebildeter Lehrer hat immer Vorrang vor der Einstellung von Seiteneinsteigern.
4. Um attraktive Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, müssen die Weichenstellungen der letzten Jahre auf den Prüfstand: Statt Lehrer mit immer mehr lehrerfremden Aufgaben und Bürokratie zu belasten, muss der Fokus wieder auf das Unterrichten und auf die Vermittlung von Wissen und Können gerichtet werden.
5. Grundvoraussetzung für den Einsatz von Seiteneinsteigern ist, dass ihre Einstellung und ihre berufsbegleitende und nachträgliche pädagogische, didaktische und methodische Qualifizierung ein hohes und dem eines grundständig ausgebildeten Lehrers gleichwertiges Unterrichtsniveau gewährleistet. Darüber hinaus soll der andere berufliche Hintergrund der Seiteneinsteiger die Lehrerfahrungen der Schüler langfristig bereichern.
6. Die gezielte Unterstützung der Seiteneinsteiger muss gestärkt und verbessert werden, um den Betroffenen den Einstieg in den Schulalltag zu erleichtern, sie langfristig zu binden und so sicherzustellen, dass eine hohe Unterrichtsqualität gewährleistet wird.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. dem Landtag innerhalb von drei Monaten Maßnahmen vorzustellen, von welchen Zusatzaufgaben, lehrerfremden Aufgaben sowie bürokratischen Hürden die Thüringer Lehrer befreit werden können, damit ihnen mehr Zeit für das Unterrichten bleibt;
2. dafür Sorge zu tragen, dass Lehrer und Schulleitungen so bald wie möglich durch den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten von administrativen Tätigkeiten und bürokratischen Aufgaben entlastet werden;
3. sicherzustellen, dass alle Seiteneinsteiger vor ihrem ersten Einsatz im Unterricht den Intensivkurs für Seiteneinsteiger als Einstiegsqualifikation durchgeführt haben;
4. den Intensivkurs für eine bessere Vorbereitung der Seiteneinsteiger auf die Schulpraxis von bisher vier Wochen auf drei Monate zu verlängern;
5. ausreichende Kapazitäten für Intensiv- und Vorbereitungskurse vorzuhalten;
6. sicherzustellen, dass alle Seiteneinsteiger für die Dauer ihrer Nachqualifikation nur an Schulen eingesetzt werden, an denen eine Betreuung durch einen grundständig ausgebildeten Mentor sichergestellt ist;
7. den Seiteneinstieg ins Grundschullehramt zu beenden und dafür die Möglichkeiten einer Weiterqualifizierung von Erziehern zu Grundschullehrern zu verbessern;
8. zu gewährleisten, dass Seiteneinsteiger erst nach frühestens zwei Jahren eine Klassenleitertätigkeit übernehmen, um zuvor hinreichend Lehrerfahrung in der Praxis sammeln zu können.

Begründung

Über Jahre hinweg wurde in Thüringen nicht nur davon abgesehen, in ausreichendem Umfang Lehrer neu einzustellen, sondern es wurden sogar Lehrerstellen abgebaut. Dies ging einher mit einer Höherbelastung der aktiven Lehrer. Nicht zuletzt dadurch stieg die bürokratische, aber auch die psychische und gesundheitliche Belastung von Lehrern an. Auch diese Lage hat zur Folge, dass immer weniger Menschen bereit sind, in Thüringen Lehrer zu werden. Diese Entwicklung hat einen schon seit Jahren anhaltenden akuten Lehrermangel hervorgerufen, der die Bildungssituation der jungen Generation und deren Lebenschancen negativ beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund sind Seiteneinsteiger in den Lehrberuf als eine wichtige Stütze zur Absicherung des Unterrichts zu betrachten. Der Einsatz von Seiteneinsteigern sollte mit Blick auf relativ kurzfristig mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation daher forciert werden. Allerdings müssen dazu die Weiterbildung und Integration der Seiteneinsteiger in den Schulalltag verbessert werden.

Zunächst gilt es, die Lehrer von Zusatzaufgaben, lehrerfremden Aufgaben sowie Bürokratie zu entlasten. Konkrete Maßnahmen müssen hier so rasch wie möglich ergriffen werden, denn jedes weitere Abwarten hat eine Verschlechterung der Situation an den Schulen zur Folge.

Um dem Lehrermangel rasch zu begegnen, ist der Einsatz von Seiteneinsteigern in die schulische Lehre gefordert, wobei eine hohe Lehrqualität gesichert werden muss. Daher sollte der Intensivkurs für Seiteneinsteiger auf drei Monate verlängert werden. Dies soll bewirken, dass Seiteneinsteiger zu Beginn ihrer schulischen Tätigkeit besser auf die Herausforderungen des Schulunterrichts vorbereitet sind und sie in die Lage versetzt werden, einen guten Unterricht erteilen zu können. Ziel muss

es sein, dass diejenigen, die sich für einen Seiteneinstieg entscheiden, bestmöglich unterstützt werden. Dazu gehört auch, dass ihre Betreuung durch einen grundständig ausgebildeten Fachleiter an derselben Schule gesichert ist. Seiteneinsteiger brauchen einen fachlich ausgebildeten Ansprechpartner vor Ort, mit dem sie Probleme direkt besprechen können, damit sie nicht nach kurzer Zeit demotiviert und überfordert aufgeben. Grundvoraussetzung eines vermehrten Einsatzes von Seiteneinsteigern ist zudem, dass ausreichend Kapazitäten für Intensiv- beziehungsweise Vorbereitungskurse vorgehalten werden.

Für das Grundschullehramt ist indes weniger die fachliche als vielmehr vor allem die grundlegende pädagogische Qualifikation erforderlich. Hier gilt es zu wissen, wie den noch jungen Kindern der Lernstoff am besten nahegebracht werden und eine gute Lernbeziehung aufgebaut werden kann. Daher sollte auf den Einsatz von Seiteneinsteigern an Grundschulen verzichtet werden. Stattdessen sollte ausgebildeten Erziehern die Möglichkeit erleichtert werden, sich zu Grundschullehrern weiterzuqualifizieren.

Für die Fraktion:

Hoffmann